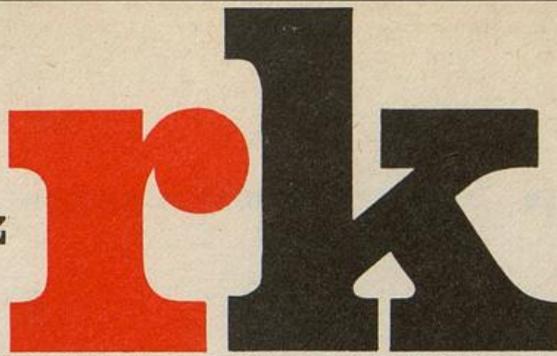


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 12. Dezember 1984

Blatt 2955

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:
(rosa) Wiener Landtag
 Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
 Fußgängerampel auf der Linken Wienzeile
 Für Weihnachten anmelden!
 Hatzl: Keine Baumfällungen in der Lobau
- Lokal:
(orange) Adventstimmung am Familiensonntag
- Kultur:
(gelb) Kulturbudget 1985 848,6 Millionen Schilling
- Nur
über FS: Anmerkungen zu Herzmanovsky-Orlando
 Fahrdrahtbruch bei Schnellbahn
 Zimmerbrand in Meidling

Adventstimmung am Familiensonntag

=++++

1 Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Weihnachtsvorbereitungen kann man bei vielen Veranstaltungen des 10. Familiensonntags am 16. Dezember treffen. Die Wiener Kinderfreunde basteln "Weihnachtsschmuck einmal anders", in der Volkshochschule Ottakring findet ein "Vorweihnachtlicher Nachmittag" statt, und zum "Weihnachtskrippenbasteln" lädt das Programm ebenfalls ein. Adventstimmung genießt man auch beim Weihnachtsmarkt am Spittelberg oder beim "Alpenländischen Advent" in der Wiener Stadthalle.

Weitere Programmpunkte am Familiensonntag:

- o Spiel-Musik und Bastelwerkstatt im Amerlinghaus
- o Filmnachmittag im Planetarium
- o ein Puppenspiel in der Volkshochschule Margareten,
- o Wohnparkfest in Alt-Erlaa mit Bücherbasar und Spielen,
- o Wildtierfütterung im Lainzer Tiergarten (für Frühaufsteher),
- o das Planetarium und die Urania-Sternwarte zeigen "Sterne im Advent".

(Schluß) je/ap

NNNN

Fußgängerampel auf der Linken Wienzeile

=++++

2 #Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Obwohl bei der Einmündung der Magdalenenstraße in die Linke Wienzeile im 6. Bezirk ein Schutzweg markiert ist, war es für die Fußgänger bisher nicht einfach, diese stark befahrene Straße zu überqueren. Ab Freitag mittag gibt es daher auf dieser Kreuzung eine druckknopfgesteuerte Fußgängerampel. Sie wird die Sicherheit für die Fußgänger wesentlich erhöhen. #
(Schluß) sc/ko

NNNN

Für Weihnachtsfeiern anmelden!

Utl.: Einsamenfeiern in den Pensionistenklubs

=++++

7 #Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien soll am Heiligen Abend niemand einsam sein. Aus diesem Grund wird die Stadtverwaltung auch heuer wieder am 24. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offen halten. Der Besuch der Klublokalitäten steht allen Personen offen, auch wenn sie nicht Klubbesucher sind. Anmeldungen nehmen die Pensionistenklubs, die zuständigen Bezirks-Sozialreferate bzw. die Bezirksvorstehungen noch bis kommenden Mittwoch, den 19. Dezember entgegen.#

Folgende Pensionistenklubs werden am Heiligen Abend geöffnet sein:

- 2., Praterstern 1, Haus der Begegnung, 15 bis 18 Uhr
- 6., Königseggasse 10, Haus der Begegnung, 14 bis 17 Uhr
- 7., Lindengasse 44, Pensionistenklub, 14 bis 16 Uhr
- 8., Lerchenfelder Straße 4, Pensionistenklub, 16 bis 18 Uhr
- 10., Van-der-Nüll-Gasse 89, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
- 11., Enkplatz 2, Pensionistenklub, 15 bis 19 Uhr
- 12., Schönbrunner Straße 259 (Eingang Meidlinger Hauptstraße 4) Pensionistenklub, 14 bis 18.30 Uhr
- 13., Faistauergasse 68, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
- 14., Penzinger Straße 150, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
- 15., Nobilegasse 33-35, Pensionistenklub, 16 bis 18 Uhr
- 16., Wurlitzergasse 59, Pensionistenklub, 14 bis 17 Uhr
- 18., Weimarer Straße 8-10, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
- 21., Jedleseer Straße 66-74/37, Pensionistenklub, 14 bis 19 Uhr.

(Schluß) zi/ap

NNNN

Wiener Landtag

=++++

4 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz des ersten Präsidenten SALLABERGER (SPö) trat der Wiener Landtag am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen.

Die Erhöhung des Mindesturlaubs von 26 auf 28 Werkzeuge, die Erhöhung der Bezüge um 4,7 Prozent, mindestens 550 Schilling im Monat, sowie die Erhöhung des Pensionsbeitrages von 7,5 auf 8 Prozent wurden in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.
(Schluß) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

5 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der Debatte über das Budgetkapitel Umwelt und Bürgerdienst setzte der Wiener Gemeinderat seine am Vorabend unterbrochene Sitzung fort.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies auf die Notwendigkeit hin, die Trinkwasserversorgung Wiens sowie die Kanalisation und die Kläranlage Simmering den Erfordernissen anzupassen, die durch den bevorstehenden Bau des Kraftwerkes Hainburg gegeben sind. Immerhin seien in Wien noch 17.000 Haushalte nicht an das Wasserleitungsnetz angeschlossen, 30.000 Senkgruben seien sobald wie möglich durch die Komplettierung des Kanalnetzes zu ersetzen. Pawkowicz stellte zwei den Bereich der Wasserversorgung betreffende ANTRÄGE: Der zuständige Stadtrat soll dem Wiener Gemeinderat jährlich einen Wasserleitungszustandsbericht vorlegen, und die Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst soll ein Nutzwasserkonzept erstellen, um der Fehlverwendung hochwertigen Trinkwassers ein Ende zu setzen. Um die notwendige Erweiterung der Grünflächen vor allem in den dichtbebauten Gebieten Wiens zu ermöglichen, stellte Pawkowicz den ANTRAG, seitens der Stadt Wien einen mit jährlich 50 Millionen Schilling dotierten Grünlandfonds einzurichten. Einen weiteren ANTRAG stellte der Redner, um sicherzustellen, daß das Erholungsgebiet "Roter Berg" in seinem derzeitigen Umfang erhalten bleibt. Ein in diesem Bereich beabsichtigter Bau von fünf Reihenhäusern solle durch Grundstücktausch und Umwidmung verhindert werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

6 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) befaßte sich mit dem Zusammenhang zwischen dem Bau des Kraftwerks Hainburg und der Wiener Trinkwasserversorgung. Er würdigte den Verhandlungserfolg von Vizebürgermeister MAYR bei den Gesprächen mit den DOKW, meinte aber, dies sei ein "ökologisches Schweigegeld", sodaß die Interessen der Wiener Bürger nicht im besten Sinne wahrgenommen würden. Hawlik bezweifelte, daß das Grundwasserwerk Donauinsel Nord den Ausfall der Grundwasserwerke Lobau und Nußdorf werde kompensieren können. Ein bakteriologisch-virologisches Gutachten des Wiener Gesundheitsamtes deutet auf mögliche Probleme für Wien ab Beginn des Rückstaus an. Die Wissenschaftler seien in ihren Aussagen weniger sicher als die Politiker. Hier ein Risiko einzugehen, sei fahrlässig. Dr. Hawlik brachte einen ANTRAG ein, in dem der Bürgermeister aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung für einen Baustopp in Hainburg bis zur Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens im Parlament einzusetzen. Hainburg sei zu einem Prüfstein für die Demokratie geworden, "tragen Sie dazu bei, daß es nicht zu einem Stolperstein wird", schloß Hawlik. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

10 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Wien hat umfangreiche Vorkehrungen getroffen, die vorzügliche Wasserqualität zu erhalten und zu garantieren, erklärte StR. BRAUN (SPÖ). Dazu gehören der weitere Ausbau der Wiener Wasserleitungen genauso wie Maßnahmen zum Schutz der Lobau. Die Sanierung der EBS wurde bereits in Angriff genommen. Künftig werden Asche und Schlacke aus der EBS und der Müllverbrennungsanlage verfestigt, wodurch eine umweltschonendere Lagerung möglich ist. Die Technische Universität führt derzeit einen Forschungsauftrag durch, der sich ebenfalls mit den EBS und damit mit der Beseitigung des Klärschlammes beschäftigt. Braun verwies außerdem auf die Aktivitäten des Arbeitskreises EBS.

Zum "Profil"-Artikel von GR. Ing. WORM (ÖVP) über die Rosinak-Studie sagte Braun, daß die Untersuchungsergebnisse zum Teil falsch zitiert oder in einem falschen Zusammenhang wiedergegeben wurden. Die EBS wurde in der Studie nicht als Hauptemittent bezeichnet, denn erst eine längere Untersuchung mit mehreren Meßstellen, wie sie derzeit durchgeführt werde, könne eine detaillierte Analyse zulassen.

Durch zahlreiche Maßnahmen wie Ausbau des Fernwärmenetzes und Verringerung der Emissionen, z. B. aus Kraftwerken, konnte seit 1979 die Luftbelastung in Wien um 50 Prozent gesenkt werden. Ziel der Wiener Umweltpolitik sei die Vermeidung von Umweltschäden, schloß Braun. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

11 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im Falle der EBS, erklärte GR. Ing. WORM (ÖVP), würde von der SPÖ einmal mehr eine Problematik unter Zeitdruck und mit ungenügender Planung behandelt. Das "Rosinak-Gutachten" stelle eindeutig fest, daß die Immissionswerte von CO und NO beim Simmeringer Gemüse außerordentlich hohe Konzentrationen hätten. Auch bei Chrom, Blei und Kadmium-Werten sei die Grenze erreicht, wenn nicht gar bedenklich überschritten worden. Eindeutig, zitierte Worm das Gutachten, sei die Flughafenautobahn NICHT die Ursache. Der einzige Betrieb, der laut Gutachten für die Verursachung dieser Schäden in Frage komme und der in einem so hohen Ausmaß Schwermetalle emittiere, sei die EBS. Die potentiellen Emittenten Unilever, TEERAG-ASDAG und das Kraftwerk Simmering scheiden für die Produktion von Schadstoffkonzentrationen dieser Zusammensetzung aus. (Forts.) je/ap

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

12 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) In einer Replik auf den Beitrag von GR. Ing. WORM (ÖVP) betonte StR. BRAUN, sein Vorredner hätte keine Argumente widerlegen können. Worm manipuliere ohne Beweise das "Rosinak-Gutachten". Das, was Worm behauptet, stehe nicht in diesem Gutachten. Der Gutachter selbst hat mitgeteilt, daß die Worm-Schlußfolgerungen aus der Luft gegriffen seien. Aus dem Gutachten gehe weiters klar und deutlich hervor, daß alle Emissionen unter den Grenzwerten liegen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

13 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. JEDLETZBERGER (ÖVP) sagte, die Umweltbelastung in Simmering werde immer größer, und damit sei auch eines der bedeutendsten Frischgemüseanbaugebiete Österreichs betroffen. Anstatt den Betrieben jedoch Einschränkungen aufzuerlegen, wie bereits vorgeschlagen wurde, solle man danach trachten, die Umwelt zu sanieren. Schließlich sei Simmering ja auch ein Wohnbezirk mit zehntausenden Menschen. Zum Schutz der Umwelt seien harte Maßnahmen, vor allem auch für Betriebe wie die EBS zu treffen. Nur dann sei auf lange Sicht eine Sanierung möglich. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

14 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria PAUL (SPÖ) verwies auf die deutliche Reduktion der Schwefeldioxidemissionen aus den Wiener Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen. Sie brachte einen ANTRAG ein, in dem verlangt wird, den Stadtsenat zu beauftragen, sich dafür einzusetzen, in Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden eine Sonderabfalldeponie zu errichten. Die EBS sollen Sonderabfälle aus anderen Bundesländern nur dann übernehmen, wenn die notwendigen Analysen weitestgehend in diesen Bundesländern durchgeführt werden und der Transport vorwiegend auf der Schiene erfolgt. Von Ländern und Gemeinden, die eine bundeseinheitliche Sonderabfall-Deponielösung behindern, sollen die EBS keine Sonderabfälle übernehmen. Die illegale Einfuhr von Sondermüll nach Österreich soll verhindert werden. Schließlich soll der Bund der Stadt Wien jenen Aufwand ersetzen, den er sich auf Grund der Nichterrichtung einer Anlage zur Beseitigung von gewerblichem und industriellem Müll erspart. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

15 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im Interesse des Umweltschutzes sei ein rascher und zügiger Kanalausbau dringend notwendig, erklärte GR. Dr. NEUBERT (ÖVP). Im Voranschlag 1985 sind dafür jedoch nur rund 138 Millionen Schilling veranschlagt, obwohl 400 Millionen Schilling jährlich notwendig wären. Neubert stellte deshalb den ANTRAG, einen Zeit- und Kostenplan für den Anschluß aller Siedlungsgebiete an das Wiener Kanalnetz zu erstellen, wobei jenen Gebieten Priorität eingeräumt werden soll, wo es eine Gefahr der Grundwasserverseuchung gibt.

Weiters stellte Neubert fest, daß die erste und zweite Hochquellenwasserleitung dringend saniert werden müßten, jedoch auch dafür seien im Budget zu wenig Mittel vorgesehen. Auch für den Bau einer Nutzwasserleitung wurde keine Vorsorge getroffen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

16 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Das Problem der Finanzierung aus dem Wasserwirtschaftsfonds, erklärte GR. HAHN (ÖVP), sei nur am Rande erwähnt worden. Wenn der Fonds 24 Milliarden Schilling als Kapital bei einem derzeitigen Umlaufvermögen von 39 Millionen hätte, so sei das ein kritischer Zustand. Allein 1985 müßten exklusive der im Staatsvertrag angekündigten 4 Milliarden Schilling 8 Milliarden ausgezahlt werden. Bautenminister Sekanina möge zu dieser Problematik endlich Stellung nehmen. (Forts.) je/ap

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

17 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. NUSSBAUM (SPÖ) verwies darauf, daß Wien für seine Sauberkeit in aller Welt bekannt sei. Das sei die Leistung der Mitarbeiter der MA 48, die mit ihrem Winterdienst auch einen wichtigen Beitrag für die Verkehrssicherheit leisten. Das neue Müllkonzept zeige die ersten positiven Auswirkungen. Die Maßnahmen zur Müllvermeidung greifen bereits.

In einem ANTRAG forderte er den Stadtsenat auf, sich beim Bund und den Ländern dafür einzusetzen, daß bundeseinheitliche Maßnahmen für eine umweltfreundliche Entsorgung getroffen werden. (Forts.)

fk/ap

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

18 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Prof. Dr. WELAN (ÖVP) befaßte sich mit der Hainburg-Problematik. Er habe gegen den Naturschutzbescheid des niederösterreichischen Landesrates Brezovszky schwerwiegende Bedenken wegen Rechtswidrigkeit. Im Interesse der Demokratie und der Rechtsfolgen verlangte Dr. Welan ein Gutachten der juristischen Fakultät zu diesem Bescheid und trat dafür ein, daß für Baumaßnahmen erst die Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens abgewartet werden solle.

In einem ANTRAG forderte Dr. Welan, zum Schutz der Lobau rechtliche Maßnahmen einzuleiten. Den DoKW sollte unter Androhung einer Verwaltungsstrafe aufgetragen werden, alle notwendigen Anträge und Unterlagen zur Beurteilung nach dem Wiener Naturschutz vorzulegen. Weiters sei der Wiener Naturschutzbeirat einzuberufen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

21 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) beschäftigte sich mit Problemen der Müllentsorgung und bezeichnete in diesem Zusammenhang die Müllvermeidung als vorrangige Möglichkeit. Er vermisse jedoch funktionierende Maßnahmen der Stadt Wien: Weder die Altpapiersammlung, noch die Altglassammlung und schon gar nicht die Sondermüllsammlung würden den Anforderungen entsprechen.

Arthold wandte sich auch gegen die Methode, die Art und Zahl der Müllsammelgefäße in Wohnhäusern ohne die Befragung der Bevölkerung festzulegen. In diesem Zusammenhang stellte er den ANTRAG, die betroffene Bevölkerung einzubinden. In einem zweiten ANTRAG forderte Arthold die sorgfältige Prüfung der Aufstellungsorte von größeren Müllcontainern und Müllablagerungsplätzen. Vor allem sollen ein nachträgliches Aussortieren des Mülls ausgeschlossen und die Container öfter entleert werden. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

22 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAUPL (SPö) erklärte, daß bereits die beiden Hochquellenleitungen genügend Wasser für eine ausreichende Versorgung liefern und auch Spitzenbedarf mühelos gedeckt werden kann. Trotzdem wolle und könne man nicht auf die Grundwasserwerke verzichten, daher hat die Stadt Wien für die Lobau ein Projekt entwickelt, das der Austrocknung entgegenwirkt und die Trinkwasserschüttung nach Inbetriebnahme des Kraftwerkes Hainburg wieder gewährleistet. Allerdings seien noch einige Detailfragen offen. Häupl betonte, daß Müllvermeidung einen Erziehungsprozeß voraussetzt. Daher könne er es nicht verstehen, sagte Häupl, daß die ÖVP die Schließung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig fordert. Zu einer geäußerten Kritik an der Altpapier- und Altglassammlung kündigte Häupl an, es sei nicht auszuschließen, daß die Stadt Wien die Einsammlung künftig selbst übernimmt.

Abschließend nahm Häupl zum Profil-Beitrag über Schadstoffbelastungen in Simmering Stellung und erläuterte, allein Zigarettenrauch enthalte um die Hälfte mehr Stickoxid als die Emissionen der EBS. Das gegenständliche Gutachten habe die Umweltverträglichkeit des Straßenbaus untersucht und treffe ausdrücklich keine Aussagen zu den EBS. (forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Umwelt und Bürgerdienst

=++++

23 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien sei das wichtigste Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürger, erklärte GR. Ing. ENGELMAYER (ÖVP). Der PID verfüge über ein Budget von 128 Millionen Schilling und beschäftige 90 Mitarbeiter. Engelmayer fordert in einem ANTRAG mehr Transparenz und Übersichtlichkeit des Voranschlages sowie die detaillierte Aufgliederung der Einnahmen und Ausgaben aller im PID hergestellten beziehungsweise herausgegebenen Publikationen. Zudem sei der Personalaufwand gesondert auszuweisen. Engelmayer forderte weiter Aufklärung über die Inseratengeschäfte des PID. Er stellte fest, daß eine offizielle Gemeindezeitung zu objektiver Information verpflichtet sei. In Wien aktuell-Wochenblatt werde dieser Objektivität jedoch nicht Rechnung getragen, vielmehr werde häufig gegen die ÖVP polemisiert. Auch sei ein Pluralismus der Meinungsbildung zu vermissen. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

25 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Vor allem die allzu starke Vereinfachung bei Fragen der Umweltpolitik mache ihm Sorge, nicht die Kritik, erklärte Umweltstadtrat BRAUN.

Zum Presse- und Informationsdienst sagte Braun, daß eine sparsamere Variante für den Tag der offenen Tür 1985 bereits überlegt werde. Die Vorgangsweise bei der Abrechnung der Inserateneinnahmen entspricht der Haushaltsordnung.

Der Presse- und Informationsdienst werde die Öffentlichkeit weiterhin sachlich informieren, schloß Braun. (Forts.) je/ko

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Schlußwort Mayr

=++++

26 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) betonte, daß Wien als einziges Bundesland Österreichs eine Sondermüllanlage in Betrieb genommen habe. Den Vorschlag, daß dafür andere Länder Wien eine Sondermülldeponie zur Verfügung stellen, halte er für sinnvoll. Der Fehlbestand an Altpapier- und Altglascontainern sei in Wien am geringsten von allen Bundesländern.

Zu den Vorwürfen von GR. Ing. Engelmayer (ÖVP), daß die Personalkosten des PID nicht angegeben werden, stellte Mayr fest, daß dies bei allen Magistratsabteilungen ebenso geschieht, die nicht betriebsmäßig verrechnet werden. Die Anzeigenverrechnung beim Wochenblatt werde nach dem Nettosystem durchgeführt.

Im Budget sei nichts verschleiert, betonte der Finanzstadtrat, der Voranschlag sei allerdings kompliziert und nicht für jeden leicht zu lesen. Der Voranschlag werde nach den geltenden Normen erstellt.

Zur Frage Hainburg hob Mayr hervor, daß weder die Landesregierung noch der Magistrat eine Behördenstellung einnehmen. Er persönlich könne sich keiner Argumentation anschließen, die eine Behördenentscheidung als Unrecht oder Verbrechen bezeichnet. Hainburg sei eine ernsthafte Frage, und er bitte alle, diese echte Herausforderung durch die Jugend anzunehmen und eine faire Diskussion zu führen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Abstimmungen

=++++

27 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Budgetvoranschlag 1985 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Im Laufe der Debatte wurden insgesamt 35 Anträge eingebracht, 10 von der FPÖ, 21 von der ÖVP und vier von der SPÖ. Die Anträge wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die während der öffentlichen Auflage des Budgetvoranschlags gemachten Erinnerungen der Gemeindebürger wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der Gebührenspiegel wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der Finanz- und Investitionsplan 1985 bis 1989 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Verordnung über die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 1985 wurde einstimmig genehmigt. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

28 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Hatzl beantragte die Annahme des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke. Dieser Plan dient der Sicherstellung der Energieversorgung unserer Stadt sowie der Modernisierung und dem Ausbau der Wiener Verkehrsbetriebe, sagte Hatzl. Das gesamte Investitionsprogramm der Stadtwerke von drei Milliarden Schilling liegt ebenso höher als 1984 wie die voraussichtlichen Verluste in der Höhe von 463 Millionen Schilling. Vorläufige Investitionssperren von 505,5 Millionen wegen erhöhter Einstandspreise für Energie bedürfen zu ihrer Aufhebung besonderer Maßnahmen. Der Geldbedarf der Stadtwerke liegt bei 23,8 Milliarden Schilling, wobei die Stadt Wien für die Verkehrsbetriebe mit 3,34 Milliarden Schilling einen wesentlichen Zuschuß leistet. Bei einem Umsatz von zehn Milliarden Schilling liegt der Investitionsrahmen der E-Werke 1985 bei 1,7 Milliarden Schilling. Dazu gehören notwendige Erneuerungen in den Kraftwerken Simmering und Donaustadt, ein neuer Lastverteiler und die weitere Realisierung des 380-kV-Netzes. Mit dem Umbau des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau werden auch die Umweltbedingungen weiter verbessert. Im Bereich der Gaswerke verursachen Mehraufwendungen von 400 Millionen Schilling für das Erdgas eine vorläufige Sperre der Hälfte der geplanten Investitionen. Die Freigabe dieser Investitionen muß angestrebt werden, um den hohen Sicherheitsstandard des Wiener Gasnetzes zu halten. Im Bereich der Verkehrsbetriebe sind Investitionen von 850 Millionen Schilling geplant, wobei besonders Gleiserneuerungen und die Neuanschaffung von Fahrzeugen sowie die Weiterführung des Beschleunigungsprogramms zu erwähnen sind. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

29 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Hatzl verwies auf die besondere Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Verkehrsmittel durch die U-Bahn, die sich in der Zahl von 560 Millionen Fahrgästen im Jahr 1984 niederschlägt. Mit dem Bau der U 3 und der U 6, der 1985 zielstrebig fortgesetzt wird, wird ein weiterer Beitrag zur Attraktivität des öffentlichen Verkehrs gesetzt. Der Bau selbst wird unter besonderer Rücksicht auf die Bevölkerung durchgeführt, gewisse Beeinträchtigungen lassen sich jedoch nicht vermeiden. (Forts.)
gab/ko

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

30 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte die wirtschaftliche Koppelung der einzelnen Teilbereiche der Wiener Stadtwerke. So würden etwa die E-Werke beträchtliche Gewinne erwirtschaften, die jedoch nicht zu einer Senkung des Strompreises führen, sondern zur Verlustabdeckung der Verkehrsbetriebe dienen. Und "jedem Bürger, der seinen letzten Weg antritt, wird eine Wochenkarte der Straßenbahn verrechnet" - auch Überschüsse der Bestattung kämen den Verkehrsbetrieben zugute. Zur Verringerung des Verlustes der Verkehrsbetriebe verlangte Pawkowicz eine Attraktivierung und forderte in einem ANTRAG die Ausarbeitung eines Beschleunigungsprogramms für die nächsten zehn Jahre. Als wünschenswertes Ziel sieht Pawkowicz einen Fünf-Minuten-Taktfahrplan für die Straßenbahn an, wobei durch Umschichtung der Zuganzahl der verschiedenen Linien keine zusätzlichen Garnituren und kein vermehrter Personalaufwand notwendig wären. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

32 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP-Fraktion lehne den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke ab, weil von den politisch Verantwortlichen nicht die Voraussetzungen für ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen geschaffen wurden, erklärte GR. STRATIL (öVP). Einzelne Teilbetriebe werden zugunsten defizitärer Teilbetriebe ausgelaugt.

StR. HATZL habe in seiner Budgetrede die zu erwartende Erhöhung der Rohstoffkosten nicht aus Gründen der Transparenz aufgezeigt, sondern um einen Grund für weitere Tarifierhöhungen zu nennen. Gründe für Tarifierhöhungen werden jährlich auch dadurch geschaffen, daß in den Voranschlägen zu hohe Verluste veranschlagt werden. Weiters kritisierte Stratil, daß die Erfolgspläne der Teilunternehmungen nicht mit dem Gesamtplan übereinstimmen.

Da den Fragen der Energieversorgung immer größere Bedeutung zukomme, BEANTRAGTE Stratil die Schaffung einer eigenen Geschäftsgruppe in der alle Energieversorgungsunternehmen der Stadt Wien zusammengefaßt werden. Dadurch sollen die Energieversorgungsunternehmen von betriebsfremden Kosten, insbesondere jenen der Verkehrsbetriebe, entlastet werden. (Forts.)
lei/ap

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

33 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Dem Wiener Gemeinderat liege mit dem Budget 1985 ein gut vorbereiteter und investitionsfördernder Wirtschaftsplan vor, sagte GR. PESKA (SPÖ). Die Jubiläen, die 1984 bei den Wiener Stadtwerken begangen werden konnten - 35 Jahre Stadtwerke, 85 Jahre öffentliche Gasversorgung, 15 Jahre HBW - zeigten die positive Entwicklung. Zum Autobuslinienverkehr im Zentralfriedhof sagte Peska, diesem Wunsch der öVP könne aus Pietäts- und Umweltschutzgründen nicht entsprochen werden.

GR. Peska kündigte nach 20jähriger Tätigkeit im Wiener Gemeinderat seinen Rücktritt mit Jänner 1985 an. (Forts.) je/ko

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

34 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HUFNAGL (SPÖ) hob die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs für eine Großstadt hervor. Die Verkehrsbetriebe haben die anstehenden Probleme bewältigt, das zeigt die zunehmende Frequenz. Als besonders attraktiv hat sich die U-Bahn erwiesen. Millionen Freizeitstunden für hunderttausende Wienerinnen und Wiener sind die positive Leistungsbilanz der U-Bahn. Die Skepsis gegen den U-Bahn-Bau ist zusammengebrochen, die Finanzierung ist gesichert, es wird rasch weitergebaut. Die Wiener U-Bahn hat auch international Beachtung gefunden. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

35 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) sagte, das Kraftwerk Hainburg bringe eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren, insbesondere die Gefährdung des Wiener Trinkwassers, mit sich. Die Notwendigkeit des Baues von Hainburg für Wien sei besonders fragwürdig, wenn man sich vor Augen führe, daß die Stadt Wien bei einem Bedarf von rund 6.800 Gigawattstunden Strom auf ein Potential von 10.222 Gigawattstunden zurückgreifen könne, also eine erhebliche Reserve bestehe. Wichtiger als Hainburg sei für Wien, auch weiterhin die Eigenversorgung mit Strom in Form von Blockkraftwerken in der Stadt zu behalten und damit auch Wiener Arbeitsplätze zu sichern. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Stadtwerke-Wirtschaftsplan

=++++

36 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) verwies darauf, daß die Monatsnetzkarte der Verkehrsbetriebe in den letzten eineinhalb Jahrzehnten deutlich billiger geworden ist, und die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel durch die Tarifreform wesentlich gestiegen ist. Der Antrag zur Einbeziehung der Verkehrsbetriebe in die Wiener Stadtwerke wurde im Jahre 1949 von einem ÖVP-Stadtrat eingebracht, sagte Hengelmüller.

Der Energieverbrauch steige weiter, und es sei Wien nicht möglich, Spitzenbedarf beim Stromverbrauch aus eigener Erzeugung abzudecken. Zur Verringerung der Schadstoffbelastung aus kalorischen Kraftwerken laufe ein Programm, doch die sauberste Energie werde aus Wasserkraft gewonnen. Daher habe sich Wien zu je einem Achtel an den Verbundkraftwerken Greifenstein, Hainburg und Wien beteiligt.

(Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Stadtwerke' Wirtschaftsplan

=++++

37 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die Kritik der Opposition sei nur ein Vorwand, den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke abzulehnen, weil alle Vorwürfe entkräftet werden können, erklärte Stadtrat HATZL in seinem Schlußwort. So wurden von der Bestattung niemals Zuwendungen an die Verkehrsbetriebe geleistet, auch liefern die E-Werke keinen Gratisstrom an die Verkehrsbetriebe. Zu den Vorwürfen, daß in Wien die Bestattungstarife überhöht seien, sagte Hatzl, daß die Wiener Tarife die niedrigsten in ganz Österreich seien.

Die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung an die Verkehrsbetriebe sind notwendig, weil trotz der Tariferhöhungen nur 50 Prozent der Ausgaben gedeckt werden können.

Hatzl stellte weiter fest, daß 55 Prozent des Strombedarfs durch eigene Kraftwerke gedeckt werden. Dieser Anteil könne nicht mehr gesteigert werden, ohne wesentliche finanzielle Belastungen in Kauf zu nehmen.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt.

Damit war die Budgetdebatte beendet. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: VAMED-Termin- und Kostenplan

=++++

38 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Budgetdebatte trat der Wiener Gemeinderat zu einer zweiten Sitzung zusammen.

GR. Ilse FORSTER (SPö) beantragte die Kenntnisnahme der VAMED-Termin- und Kostenschätzung für das neue AKH.

Die Stadt Wien müsse nicht alles akzeptieren, was die VAMED vorschreibe, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö). In diesem Zusammenhang erscheine seiner Fraktion die "Aussperrung" des Kontrollamtes äußerst kritisch. Der zeitliche Ablauf des Baues auf Grund des Terminplanes erscheine ihm realistisch. Bei den Baukosten werde man auf Grund der unpräzisen Kostenaufstellungen dagegen mit unliebsamen Überraschungen rechnen müssen.

Die öVP begründe ihre Ablehnung u.a. mit folgenden Argumenten, erklärte Dipl.-Ing. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP):

- o Ohne Änderungsstop werde es keine präzisen Kostenaufstellungen geben.
- o Der Fertigstellungstermin sei nicht pönalisiert.
- o Ein Betriebskostenplan fehle.
- o Die Stellungnahme der begleitenden Kontrolle fehle.
- o Technische Probleme wie die Entsorgung bzw. die Verkehrsorganisation seien völlig ungelöst.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) kritisierte den Zick-Zack-Kurs der öVP in Sachen AKH. Die SPö sei sich der Probleme, die dieser komplizierte, hochtechnische Bau aufwerfe, bewußt, das AKH werde aber einen fixen Bestandteil des Gesundheitssystems der 90iger Jahre bilden. (Forts.)
je/ko

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: VAMED-Termin- und Kostenplan

=++++

39 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Er stelle in der öVP eine gewisse Ratlosigkeit in der Einstellung zum AKH fest, erklärte Gesundheitsstadtrat Dr. STACHER (SPö). Die Annahme, daß es zu einer Betteninflation kommen werde, entspreche nicht den Tatsachen - die alten AKH-Betten würden nur durch neue ersetzt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö zur Kenntnis genommen.
(Forts.) je/ap

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Fußball-WM-Subvention

=++++

40 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPö) stellte den Antrag, dem österreichischen Fußballbund zur Vorbereitung der WM eine Subvention von 2 Millionen zu gewähren.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) lehnte den Antrag ab. Die Begründung, daß dem öFB durch die Sperre des Stadions Mittel entgingen, sei falsch, weil sogar die AZ schreibe, daß die Fußballplätze leer seien.

GR. SCHMIDTMEIER (SPö) bedauerte die Ablehnung. Fußball sei die populärste Sportart. Durch die Sperre des Stadions verliere der öFB 15 Millionen Schilling.

GR. ARTHOLD (öVP) verwies darauf, daß sogar das letzte Länderspiel nur sehr schwach besucht war, und daher die Begründung, der öFB erleide durch die Stadionsperre einen Verlust, falsch sei. Er stellte den GEGENANTRAG, die Subvention von 2 Millionen zur Förderung des Wiener Fußballnachwuchses zu verwenden.

GR. EDER verwies in seinem Schlußwort darauf, daß die öVP im Finanzausschuß zugestimmt habe. Wie immer, ändere die öVP rasch ihre Meinung.

ABSTIMMUNG: Der Gegenantrag wurde abgelehnt, die Subvention mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Subvention Stadtkino

=++++

41 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. MAYERHOFER (SPö) beantragte, dem Stadtkino als Akontierung auf den voraussichtlichen Betriebsabgang des Geschäftsjahres 1984 eine Subvention von 575.000 Schilling zur Verfügung zu stellen.

GR. KAUER (öVP) wandte ein, das Stadtkino sollte kostendeckend geführt werden, wie andere Kinos in Wien mit vergleichbarer Programmierung.

GR. WIESINGER (SPö) wies auf die Bedeutung des Stadtkinos zur Pflege des künstlerisch wertvollen Films hin. Im Stadtkino kommen Filme zur Aufführung, die Wien sonst nie erreichen würden. Mit 52.000 Besuchern im Jahr 1984 ist auch die Auslastung dieser im weitesten Sinn volksbildnerischen Institution sehr gut, sagte Wiesinger.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö und FPö angenommen.
(Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Figurengruppe für die Donauinsel

=++++

42 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRA TSCH (SPÖ) beantragte 5,4 Millionen für eine Figurengruppe auf der Donauinsel. GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß die Bedeckung unter der Haushaltsstelle "Verbesserter Hochwasserschutz, Wasser- und Kanalisationsbau" erfolgen sollte. Vielmehr sollte das Geschäftsstück nochmals mit einem anderen Bedeckungsvorschlag vorgelegt werden. GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) replizierte, daß diese Ausgabe den Intentionen des kürzlich eingebrachten Antrags von GR. Hanke entspreche, der die Bereitstellung von Mitteln für die künstlerische Ausgestaltung öffentlicher Einrichtungen verlangt.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Schlußwort des Bürgermeisters

=++++

43 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort dankte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK allen Mitarbeitern, die das ganze Jahr über im Rahmen des weiten Bereiches der Verwaltung der Stadt Wien tätig sind. Besonders zu danken sei jenen, die die Dienstleistungen auch an Wochenenden und während der Nacht erbringen. Weiters dankte der Bürgermeister den Mitgliedern des Gemeinderates für die fruchtbare Zusammenarbeit, die teilweise auch durch heftige Auseinandersetzungen gekennzeichnet war. Dies sollte jedoch nicht bedauert werden, sondern als Zeichen einer lebendigen Demokratie gelten. Zilk dankte auch für die teilweise zwar sehr emotionell, jedoch sachlich und würdig geführten Diskussionen während der vergangenen drei Tage.

"Lassen Sie mich abschließend die guten Wünsche für das bevorstehende Weihnachtsfest an alle Wienerinnen und Wiener ausweiten. Wir sind eine kleine, aber wichtige Gruppe der 60.000 Menschen, die für eineinhalb Millionen Bewohner dieser Stadt da sind", ergänzte Zilk.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 20.20 Uhr. (Schluß)
lei/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

Hatzl: Keine Baumfällungen in der Lobau

=++++

9 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zu einem Artikel einer Tageszeitung über Rodungsarbeiten der Wiener E-Werke in der Lobau stellte Mittwoch Stadtrat Johann HATZL gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest, das von den E-Werken keinesfalls Bäume geschlagen werden, sondern das nur Sträucher unter der 20-kV-Freileitung zwischen dem Schalthaus Lobau und Großenzersdorf entfernt werden. Es handle sich dabei um Routinearbeiten, die aus Sicherheitsgründen seit Jahrzehnten regelmäßig durchgeführt werden müssen. Solche Freimachungsarbeiten werden im Einvernehmen mit dem Forstamt (MA 49) durchgeführt, das auch in diesem Fall verständigt wurde. Die Arbeiten werden im Jänner beginnen, nachdem im Amtsblatt der Stadt Wien bereits eine öffentliche Ausschreibung erfolgt ist. (Schluß)

roh/ap

NNNN

Kulturbudget 1985 848,6 Millionen Schilling

=++++

19 Wien, 12.12. (RK-KULTUR) Das Kulturbudget der Stadt Wien 1985 beträgt 848,6 Millionen Schilling. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wies in der Budgetdebatte darauf hin, daß diese Summe um 14,7 Prozent über dem Voranschlag 1984 liegt.

Neben den laufenden Aufwendungen für alle Bereiche des Wiener Kulturlebens nannte Mrkvicka die große Ausstellung "Traum und Wirklichkeit - Wien 1870 bis 1930" und die Renovierungsarbeiten an der Secession und am Raimundtheater als besondere Schwerpunkte im kulturellen Bereich. Die Kosten für die Renovierungsarbeiten werden in beiden Fällen zu zwei Dritteln von der Stadt Wien und zu einem Drittel vom Bund getragen. Das Raimundtheater wird nach seiner Fertigstellung auch dem Theater der Jugend zur Verfügung stehen. Das Serapionstheater wird 1985 in die Gruppe der Mittelbühnen aufgenommen, was der künstlerischen Bedeutung dieses Theaters und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Anforderungen entspricht. Sowohl die direkte Literaturförderung als auch die Förderung der bildenden Kunst mit erhöhten Aufwendungen für die Bildankäufe erfahren im Budget 1985 die entsprechende Berücksichtigung.

Die Kunst am Bau soll ab dem kommenden Jahr wesentlich ausgeweitet werden. Außer Wohnbauten sollen auch Nutz- und Verkehrsbauten sowie Amtsgebäude künstlerisch ausgestaltet werden. (Schluß) gab/ko

NNNN